

DB-Sammler (DBS) Liste Nr. 12

Der DB-Sammler Nr. 12 zeigt Warnungen und Dürreschäden.

DB ↓ Nr. Kurze Erläuterungen ↓ zu den Datenblättern

- 20 140** Wissenschaftler warnen die Regierung.
- 20 107** COPA/COGECA berichtet über Dürreschäden in Höhe von 13 Milliarden Euro.
- 20 166** Harte Kritik an der Regierung, weil sie trotz aller Veröffentlichungen von Wissenschaftlern Deutschland in den Ruin führt.
- 20 188** Der ehemalige Ministerpräsident NRWs sagt das auch.
- 20 169** Eine führende Unternehmerin kritisiert die Regierung, weil sie zu wenig für den Schutz der Bevölkerung tut.
- 20 167** Der Präsident des Naturschutzbundes spricht von falschen Weichenstellungen der Regierung.
- 20 165** NATO-Generalsekretär sagt, die Erde wird zu einem gefährlichen Ort. Es muss das Richtige geschehen.
- 20 226** Präsident Lomborg sagt, 90 Mrd. Euro werden verschleudert für sehr wenig Nutzen. Die Energieleistung von nur 44,6 Terawattstunden, die nicht immer zur Verfügung steht, beweist seinen Vorwurf.
- 20 177** zeigt die vielen Stellen, an denen Dämme die hohen Hochwasserschäden enorm mildern würden.
- 20 100** zeigt die Euro-Summen der Hochwasserschäden in den einzelnen deutschen Bundesländern, die es künftig zu verhindern gilt.

Deutschland hat das falsche Ziel

Im Fokus der Debatte in Deutschland und in anderen Ländern stehen, wie schon vor 20 oder mehr Jahren, Maßnahmen zur Minderung der nationalen Emission von Treibhausgasen. Dazu zählt nicht nur die Bepreisung des CO₂-Ausstoßes, sondern auch die Aufforstung unseres Baumbestands und die Förderung von erneuerbaren Energien, die Wärmeisolierung von Gebäuden und die Reduktion der Mehrwertsteuer auf Fahrkarten der Bahn.

Das Klimaprogramm der Bundesregierung hat die von Deutschland ausgehenden Emissionen von Treibhausgasen im Blick, kann aber nicht schlüssig nachweisen, wie relevant die deutsche Reduktion angesichts der globalen Emissionen ist. Hinweise auf die geringe Wirkung der deutschen Maßnahmen werden beantwortet mit unserer angeblichen Vorbildfunktion, welche die Menschen in anderen Teilen der Welt veranlassen würde, in gleichem Maße ihre Emissionen zu senken. Dies ist jedoch eine Illusion, sofern es um die bevölkerungsreichen Länder außerhalb Europas geht, da es dort – wie in den sogenannten Millenniumzielen der Vereinten Nationen festgestellt – neben dem Klimathema auch andere gravierende gesellschaftliche Herausforderungen gibt wie Hunger und Armut. Diesem Argument wird oft entgegnet, dann könne man ja gar nichts tun. Aber das ist falsch.

In der Debatte wird meist die Vorsorge-Herausforderung übersehen: nämlich Mensch, Gesellschaft und Natur vor den Wetterkapriolen und deren Verschärfung durch unvermeidbare Klimaänderungen zu schützen. Stattdessen werden Extremereignisse wie etwa die Flutkatastrophe an der Ahr 2021 als Folge des menschengemachten Klimawandels gedeutet, gegen die nur die Minderung der deutschen Emissionen helfen würde. Unabhängig von der Sinnhaftigkeit, weltweit die Emissionen zu mindern, geht es in diesem Fall vor allem um regionale Anpassungen in direkter Verantwortung der Länder.

Derzeit wird das vorhandene politische Kapital fast ausschließlich in die Vermeidung nationaler Emissionen investiert. Das ist zweifellos ein förderungswürdiges Unterfangen – aber es ist nur beschränkt wirksam, um dem Problem der sich in der Atmosphäre ansammelnden Treibhausgase und deren Wirkung auf das Klima zu begegnen. Hinzu kommt, dass viele glauben, die Gelegenheit nutzen zu können, um andere Themen auf die Agenda zu bringen, denen eine signifikante Klimarelevanz angeheftet wird: die Frage der Luftqualität und damit der Nutzung von Dieselfahrzeugen in Städten, die Frage der Schiffsabgase in Häfen, des Nachtbetriebs von Flughäfen, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen, Tierwohl oder Plastikmüll in den Weltmeeren.

Ein wenig diskutiertes Phänomen ist die Verweildauer der Treibhausgase in der Atmosphäre. Bis die zusätzlich eingebrachten Gase die Atmosphäre verlassen, vergehen viele Jahrzehnte oder gar Jahr-

Die Bundesregierung tut alles dafür, um hierzulande die CO₂-Emissionen zu senken. Dabei wird der Effekt global gesehen kaum spürbar sein. Wichtiger wäre, sich dem veränderten Klima anzupassen

■ Hans von Storch war Institutsleiter im Helmholtz Zentrum Geesthacht. Neben seiner Arbeit mit Klimastatistik arbeitet er seit drei Jahrzehnten mit Nico Stehr zur Frage der gesellschaftlichen Wahrnehmung und dem Umgang mit dem menschengemachten Klimawandel

**HANS VON STORCH
UND NICO STEHR**



hunderte. Ob der vom Menschen verursachte Klimawandel wirklich reversibel ist, bleibt unsicher. Die IPCC-Berichte, auch der jüngste von 2018, schätzen, dass sich der Klimawandel erst in Hunderten von Jahren umkehren könnte, nachdem die Emissionen vollständig gestoppt wurden. Mit anderen Worten: Der anthropogene Klimawandel ist mindestens viele Generationen lang irreversibel.

Die bisherigen und in den folgenden Jahren sich materialisierenden Klimaveränderungen werden also anhalten und schließlich als „normal“ angesehen werden, unabhängig von der ehrgeizigen Planung zur Beendigung der Freisetzung von Treibhausgasen. Das heißt: Der Klimawandel ist da, wir können ihn einschränken, aber wir müssen mit klimatischen Veränderungen leben. Maßnahmen zur Abschwächung, die sogenannte Mitigation, vermindern die klimatischen Veränderungen, aber sie machen sie nicht ungeschehen. Politik, Gesellschaft und Wissenschaft sollten sich daher nicht nur um Mitigation, sondern auch um Vorsorgemaßnahmen kümmern. Verkompliziert wird das allerdings durch drei Faktoren.

1. Es gibt keine abgestimmten Zeitskalen für nachhaltige Ergebnisse der Mäßigung und der Anpassung. Die Erfolge der Mäßigung des Ausstoßes von Treibhausgasen zeigen sich erst in fernerer Zukunft. Selbst die sofortige Durchsetzung deutlicher Emissionsreduktionen kommt nicht rechtzeitig, um den Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten radikal zu begrenzen. Solange Treibhausgase irgendwo

Artikel etwas gekürzt

Dürre und Waldbrände führten EU-weit zu Verlusten von 13 Mrd. Euro

10. Oktober 2003

COPA/COGECA: Dürre und Waldbrände führten EU-weit zu Verlusten von 13 Mrd. Euro

In Zusammenhang mit den Waldbränden weisen die Ergebnisse der COPA/COGECA-Studie aus, dass rund 647.069 ha Wald vernichtet wurden – davon entfallen 390.146 ha auf Portugal und 127.525 ha auf Spanien. Vor diesem Hintergrund unterstrichen die Präsidenten von COPA und COGECA, dass eine EU-koordinierte Aktion zur Wiederaufforstung aller getroffenen Gebiete definiert werden muss. Sie forderten die EU-Kommission auf, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen und die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, existierende zweckgebundene Mittel im Rahmen ihrer nationalen Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums neu zuzuteilen.

Weiter erklärten sie, dass auf EU-Ebene eine kohärente Politik zur Verhütung von Waldbränden anzunehmen und diese mit angemessenen Mitteln auszustatten ist. Dies kann im Rahmen der EU-Verordnung Forest Focus geschehen – mit der gebotenen Eingliederung spezifischer Maßnahmen zur Verhütung von Waldbränden und adäquater Finanzierung.

Abschließend sagte COPA-Präsident Gaemelke, dass die globalen finanziellen Auswirkungen der Dürre und der Waldbrände in den von diesen Naturkatastrophen am stärksten betroffenen Ländern (Frankreich, Italien, Deutschland, Spanien, Portugal, Österreich, Ungarn, Estland und Slowakei) jetzt schätzungsweise mit 13,1 Milliarden Euro angegeben werden können.

Brüssel (agrar.de) – Heute stellten Peter Gaemelke, Präsident von COPA, Jean-Michel Lemetayer, Vize-Präsident von COPA, und José Miranda Relvas, Vize-Präsident von COGECA, die Studie 'Bewertung der Auswirkungen der Hitzewelle und Dürre des Sommers 2003 für Land- und Forstwirtschaft' vor.

Am stärksten, wie der Präsident von COPA und der Vize-Präsident von COGECA erklärten, hatten Italien, Deutschland, Österreich, Spanien, Frankreich und Portugal unter der Dürre und Hitzewelle sowie den Waldbränden in diesem Sommer zu leiden. Dürre und Hitzewelle hatten gravierende soziale, wirtschaftliche und ökologische Folgen. Auch in den Kandidatenländern wurde die Landwirtschaft von der Dürre schwer in Mitleidenschaft gezogen – ein Großteil der Ernten sind gefährdet.

Link zum Artikel:

<http://www.agrar.de/Aktuell/2003/10/10/copacogeca-duerre-und-waldbraende-fuehrten-euweit-zu-verlusten-von-13-mrd-euro/6540/>

Walter Back • Büro für Umwelttechnik

Rhönstraße 3-5 63811 Stockstadt

Tel.: 06027 / 407 597 Fax: 06027 / 407 612

Tel.: 06027 / 421 110 Fax: 06027 / 421 119

Datenblatt Nr. 20 107

Das Risiko war bekannt: Regenmengen wie diese Woche hat es in Deutschland immer wieder gegeben, historische Chroniken lesen sich wie Blaupausen für die aktuelle Hochwasser-Katastrophe, und Gefahrenkarten zeigen das Flutrisiko. Doch Politiker, Behörden und Medien verweisen auf den Klimawandel als Ursache - dabei ist der Katastrophenschutz in Deutschland auf dem Stand eines Entwicklungslandes. Ein unglaublicher Skandal.

Mindestens 156 Menschen sind gestorben, weil es stark geregnet hat in Deutschland. Es waren Regenmengen gefallen, mit denen in Deutschland schon immer gerechnet werden musste und die seit jeher gelegentlich vorkommen. Dieselben Orte, die diese Woche von Regenfluten verwüstet worden sind, wurden schon in der Vergangenheit auf ähnliche Weise heimgesucht, wie Chroniken belegen.

Heutzutage sind Menschen Unwettern nicht mehr ausgeliefert: Meteorologen erkennen gefährliches Wetter Tage im Voraus, moderner Katastrophenschutz sollte Menschen in Risikozonen rechtzeitig helfen können. Entwicklungsländer wie Bangladesch und Mosambik ist es gelungen, auf solche Weise die Opfer durch Extremwetter binnen weniger Jahrzehnte drastisch zu reduzieren, teils mit deutscher Entwicklungshilfe.

Deutschland selbst aber scheitert daran, seine Bürger vor den im globalen Vergleich eher harmlosen Naturereignissen im eigenen Land zu schützen. Statt Nächstenliebe gegenüber vom Wetter bedrohten Landsleuten wird hierzulande Fernstenliebe zur Schau gestellt: Klimaschutz soll die Deutschen in der Zukunft vor Unwetter bewahren.

Politiker schoben die Flutkatastrophe auf den Klimawandel, beispielsweise Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD), Innenminister Horst Seehofer (CSU), CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet, Karl Lauterbach (SPD), Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt. Doch zu suggerieren, das Unwetter wäre ohne Klimawandel wesentlich anders verlaufen oder Klimaschutz würde solche Katastrophen verhindern, ist falsch. Die Ausrede dient Politikern zur Entlastung von eigener Verantwortung und nützt den Trittbrettfahrern der Klimakrise.

Der Umgang mit dem Extremregen diese Woche ist ein unglaublicher Skandal, für den sich vor allem Behörden und die öffentlich-rechtliche Medien ARD und ZDF rechtfertigen müssen. Sie müssen sich fragen lassen, ob sie wenigstens jetzt angesichts des unnötigen Todes Dutzender Menschen zu einem angemessenen Umgang mit Naturgefahren finden wollen.

Unfassbare IGNORANZ ermöglichte erst die Katastrophe

Warnungen wurden nicht ernst genommen.
Und beim Katastrophenschutz ist Deutschland
auf dem Stand eines Entwicklungslandes.

Von Axel Bojanowski

Vergangenen Sonntag, am 11. Juli, warnte der private Wetterdienst Kachelmannwetter vor Starkregen, Hochwasser, Überflutungen im Laufe der Woche in Westdeutschland, andere meteorologische Dienste zogen nach. Am 13. Juli schickte der Deutsche Wetterdienst eine „Amtliche Gefahrenmeldung“, die ziemlich präzise vorhersagte, was in den folgenden zwei Tagen geschehen sollte.

Das European Flood Awareness System (EFAS) hatte zuvor für Westdeutschland eine Warnung vor „extremen“ Überflutungen herausgegeben. Von einem „monumentalen Versagen“ der Behörden spricht nun EFAS-Hydrologin Hannah Cloke angesichts der Katastrophe im Magazin „Politico“. Sie hätte erwartet, dass Anwohner in Sicherheit gebracht worden wären. Aber die Bürger hätten die Warnung anscheinend gar nicht erhalten. „Das ist sehr, sehr ernst“, sagte Cloke.

Deutsche Behörden verfügen über Gefahrenkarten für an Flüssen gelegene Orte. In der Akte „Bewertung des Hochwasserrisikos in Rheinland-Pfalz“ listet das Land Hunderte bedrohte Städte auf, samt Schätzungen möglicher Schäden und betroffener Anwohner nach Starkregen. Bad Neuenahr an der Ahr, das diese Woche verwüstet wurde, konnte der Tabelle zufolge bei Hochwasser mit fünf Millionen Euro Schaden und 3169 geschädigten Menschen rechnen.

Dennoch gab sich die Ministerpräsidentin des Landes, Malu Dreyer (SPD), überrascht. Eine solche Katastrophe habe die Region noch nie gesehen. Es gebe nun „keine Zeit mehr zu verlieren beim Klimaschutz“. Dreyers Kommentar verdeutlicht die schreckliche Ignoranz vieler Politiker beim Thema Wettergefahren.

ten“ werde. Dafür widmete sich die Sendung am nächsten Tag ausführlich der Naturkatastrophe. Moderator Clau Kleber legte dar, wie die globale Erwärmung angeblich hinter dem Wetterereignis steckte.

Der Verweis auf den Klimawandel ist grob irreführend. Zwar macht die globale Erwärmung Starkregen wahrscheinlicher. Der Deutsche Wetterdienst (DWD), der auch beim Thema Klimawandel eine seriöse Rolle spielt, kann aber noch keine langfristige Zunahme von Extremniederschlag hierzulande feststellen.

Der Klimawandel ist ein großes Problem, insbesondere wegen vermehrter Hitze und steigender Meere. Aber Regenmengen wie diese Woche hat es in Deutschland immer wieder gegeben. Wetterchroniken lesen sich wie Blaupausen für die aktuelle Katastrophe. Bad Münstereifel, das auch jetzt wieder von Regenmassen verwüstet wurde, erlebte im Mittelalter zahlreiche ähnlich Desaster. „Im Jahre des Herrn 1416 wurde zu Münstereifel ein großes Gewässer acht Tage nach Sankt Peter und Pauli der Nacht“, heißt es in einer Chronik. 200 Menschen seien ertrunken, die Stadtmauern samt Mauern seien von Wassermassen mitgerissen, hundert Häuser zerstört worden.

Wie viele andere Ortschaften an den Flüssen wurden auch jene an den Ufern der Ahr wiederholt von Hochwasserkatastrophen getroffen. „Das Elend übersteigt jeden Begriff“, berichten Zeitungen über das Ahr-Hochwasser vom Juli 1910 mit 52 Toten. Am 21. Juli 1864 kosteten Überschwemmungen nach Extremregen an der Ahr gar 63 Menschenleben, 129 Wohnhäuser, 162 Scheunen, 18 Mühlen und 30 Brücken, wie in Aufzei-

Energiewende im Alleingang

Veröffentlicht am 03.08.2019

Von Wolfgang Clement

GASTBEITRAG

Energiewende im Alleingang hat Deutschland ins Hintertreffen gebracht

Wolfgang Clement



PICTURE ALLIANCE/DPA/PATRICK SEGER

Wolfgang Clement ist Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), von 2002 bis 2005 war er Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, und von 1998 bis 2002 Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens.

ler hat damals, als ich das Amt von ihm übernahm, immer wieder geradezu beschwörend deutlich zu machen versucht, dass wir uns mit dem Ziel einer CO₂-Reduzierung um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 industriepolitisch überheben würden.

Das schwarz-gelbe Kabinett Merkel II (2009-2013) hat nicht nur diese Warnung in den Wind geschlagen, es hat zudem im Jahr 2011 - mit Unterstützung von SPD und Grünen - auch noch den endgültigen Ausstieg aus der einzigen nahezu CO₂-freien konventionellen Energiequelle, und das ist die Kernenergie, um zehn Jahre vorgezogen. Das erweist sich heute als der schwerste Fehler der an Fehlsteuerungen wahrhaftig reichen deutschen Energiewende. Aus Gründen des Klimaschutzes und aus ökonomischer Sicht würde ein früherer Kohleausstieg Hand in Hand mit einer längeren Atomnutzung sehr viel mehr Sinn ergeben.

Unsere deutsche Klimadebatte verläuft wie isoliert von den europäischen und erst recht von den internationalen Diskussionen und Entwicklungen. Denn da wird längst realisiert, dass eine wirksame, das 1,5-Grad-Ziel ernsthaft anvisierende Klimapolitik auf alle treibhausgasarmen Energieerzeugungsarten angewiesen ist. Die Kernenergie, in etwa so CO₂-emissionsarm wie die Windenergie, gehört unzweifelhaft dazu. Ihr Anteil an der weltweiten Stromerzeugung liegt heute bei rund zehn Prozent. Sie spielt deshalb in den meisten Szenarien des Weltklimarates eine wesentliche, eher noch zunehmende Rolle.

Ja, auch fossile Brennstoffe sind - allerdings unter der (hierzulande ebenfalls noch tabuisierten) Annahme der CO₂-Verpressung per CCS-Technologie - in vielen Szenarien präsent. Wir mögen hierzulande noch eine Weile die Augen vor solchen Entwicklungen verschließen. Aber auch wir werden uns ihnen nicht entziehen können. Wollen wir bis dahin noch mehr Energie von unseren europäischen Partnern beziehen? Noch mehr Subventionen in die weltweit teuerste Energiewende investieren?

Schauen wir uns um in Europa. Frankreich als eines der an nuklearer Power

reichsten Länder Europas investiert weiterhin in die Kernenergie. Schweden als das in der Energiewende erfolgreichste Land Europas hat schon 2016 den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Und unsere Nachbarn in der Schweiz, die sich durch eine spezifische, durch Volksentscheide fundierte Besonnenheit im Umgang mit komplexen Themen auszeichnen, wollen ihren Atomausstieg erst im Jahr 2034 finalisieren - ihr heutiger Kernenergieanteil liegt noch bei knapp 40 Prozent - und bis dahin die laufende Endlagersuche erfolgreich abgeschlossen haben. Es könnte einiges dafür sprechen, an diesem Beispiel Maß zu nehmen.

Das hieße: Es bleibt beim Atomausstieg in Deutschland. Aber sein Enddatum wird - wie von der rot-grünen Bundesregierung Schröder/Fischer angesteuert - um zehn Jahre hinausgeschoben und auf das Jahr 2032 verlegt. Mo-

SIND WIR
WIRKLICH
SO REICH?
UND SO
VERRÜCKT?

mentan bewegen wir uns mit der von Bundestag und Bundesrat nach vielen, ebenfalls sehr teuren Irrungen und Wirrungen auf den Weg gebrachten Endlagersuche um ein paar Zeiteinheiten hinter der Schweiz. Doch es sollte möglich sein, zur Eidgenossenschaft aufzuschließen und den Atomausstieg und die Endlagersuche wenigstens in etwa zeitgleich zu finalisieren.

An dieser Erkenntnis führt jedenfalls kein Weg vorbei: Die im Alleingang durchexerzierte Energiewende hat unser Land in Europa aus klimapolitischer Sicht ins Hintertreffen gebracht - und im internationalen Kosten Nutzen-Vergleich des World Economic Forum auf Rang 95 zurückgeworfen. Sie riskiert unsere Versorgungssicherheit und die

Deutschland hat sich dem Klimaabsolutismus unterworfen. Das Land muss grüner werden, verkünden Politiker und Wissenschaftler, Aktivisten und Medien einhellig – und zwar um jeden Preis und blind für mögliche Konsequenzen. Die industriepolitisch zerstörerische Klimapolitik in Deutschland und Europa bereitet mir große Sorgen. Politik und Industrie scheinen von Medien und Zivilgesellschaft so sehr beeinflusst zu sein, dass sie selbst ihren marktwirtschaftlichen Kompass völlig verloren haben. Aus Angst vor öffentlicher Schelte sind sie bereit, eigene Überzeugungen über Bord zu werfen.

Doch alle Aktivitäten, die wir in Deutschland zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in Angriff nehmen können, sind kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit 2,2 Prozent Anteil an den weltweiten Emissionen kann Deutschland nur wenig zur Verbesserung des Weltklimas beitragen. Trotzdem werden wir zu Handlungen gezwungen, die unsere Stärke als Industrienation gefährlich stören. Dem 1,5-Grad-Erderwärmungsziel unser gesamtes wirtschaftliches Handeln bedingungslos zu unterwerfen, halte ich für einen großen Irrweg. Im Kern dieser Diskussion steht schon längst nicht mehr die Angst um das Klima. Unter dem Deckmantel einer weltretenden Umweltpolitik werden linke Umverteilungs-ideologien in großem Umfang legitimiert.

Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes als wichtigstes politisches Thema darzustellen ist angesichts der auf uns zukommenden globalen wirtschaftlichen Sorgen geradezu sträflich. Konzernchefs über alle Branchen hinweg haben sich längst zu einer grüneren Wirtschaft bekannt, damit ihnen nicht von Klimaaktivisten und Medien der Kopf abgerissen wird. Man muss Hochachtung davor haben, wie schnell sich die deutsche Automobilindustrie den Forderungen nach E-Mobilität anpasst, eine Herkulesaufgabe, die hier in kürzester Zeit gestemmt werden muss (zusätzlich zu den Megathemen wie autonomes Fahren und Digitalisierung) und erhebliches Entwicklungs-Know-how und finanzielle Mittel erfordert.

Die dennoch anfallenden Strafzahlungen für die laufenden Verbrennungsmotoren, auf die wir vorerst einfach noch angewiesen sind, werden ihre Spuren hinterlassen. Ich halte es für dringend notwendig, diese Strafzahlungen im Rahmen der EU zu überdenken. Sie nehmen Ressourcen in Anspruch, die für die Entwicklung alternativer Antriebe und zukunftsgerichteter Technologien nötig wären. Die amerikanischen Tech-Unternehmen hingegen strotzen vor Geld. Sie werden deutlich mehr in die Zukunft investieren können – und damit einen massiven Wettbewerbsvorteil haben.

Das alles passiert, weil die Feinde des Individualverkehrs das Zepter in die Hand genommen haben. Neben dem Energiesektor ist die individuelle Mobilität noch stärker in den Fokus lin-

Die Reduzierung des CO₂ als wichtigstes politisches Thema darzustellen ist angesichts der wirtschaftlichen Sorgen sträflich. Wenn wir uns damit ein paar Jahre Zeit lassen, würde die Welt nicht untergehen. Auch wenn Greta Thunberg uns das einreden will



NATALIE MEKELBURGER

Welt-Artikel vom 27.07.2019

ker Politik gerückt als bisher. Aus ihrer Sicht hat die Automobilindustrie es „leider“ geschafft, von der Luxuslimousine über den energiefressenden SUV bis zum Kleinwagen Mobilität für alle sozialen Klassen zu ermöglichen. Das schafft Zufriedenheit, lässt aber keinen Platz für revolutionäre Gesellschaftskritik. Wenn wir heute davon reden, dass der Individualverkehr reduziert oder abgeschafft werden soll, dann passt das in das originäre Programm der Grünen, das sie schon vor 40 Jahren hatten.

Sogar das Produktportfolio der Industrie ist mittlerweile an der Nachfrage der Politik orientiert – besser gesagt, durch sie vorgeschrieben. Angesichts völlig überzogener CO₂-Emissionsziele für Europa, die von der Automobilindustrie technisch in der vorgegebenen Zeit gar nicht umsetzbar sind, scheint es für mich so, dass die Deindustrialisierung bewusst in Kauf genommen oder sogar provoziert wird.

Die Amerikaner hingegen sind aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen, China und Indien sind als Schwellenländer von sämtlichen CO₂-Vorgaben in den nächsten zehn Jahren ausgenommen. Sie bauen zu den 3700 Kohlekraftwerken sogar weitere 600 dazu.

Artikel etwas gekürzt

Datenblatt Nr. 20 169

»Keinen Schritt vorwärts«

Olaf Tschimpke: Nabu-Chef warnt, dass Politik wichtige Weichenstellungen versäumt

Von dpa-Mitarbeiterin
CHRISTINA PETERS

BERLIN. Der Präsident des Naturschutzbundes Deutschland, Olaf Tschimpke (Foto: Tim Brakemeier/dpa) fordert von den Politikern mehr Mut beim Einsatz für Klima und Umwelt. Er verlangt, dass die Bürger nicht länger für politische Schwächen zahlen sollten. Und er sagt, dass Klimaschutz »nicht nur eine Wohlfühlveranstaltung sein« wird.

Herr Tschimpke, wie bewerten Sie das Jahr 2018 aus Sicht der Umwelt?

Das war sicher kein erfolgreiches Jahr. Es gibt da zwei Riesenprobleme, das ist einmal der Verlust der biologischen Vielfalt und das andere ist das Thema Klimawandel. Wir sind in Deutschland mit dem Klimaschutz nicht vorwärts gekommen, sondern mussten unsere Klimaziele für 2020 praktisch aufgeben. Das Thema Insektensterben kann man nur verändern, indem man eine andere Agrarpolitik macht, und da sind wir auch keinen Schritt vorwärts gekommen. Und das andere Thema war die Verkehrspolitik, wo wir groß reden, aber im Prinzip nichts erreicht haben, und wo wir den riesigen Industrieskandal haben.

» Das Erreichen der Klimaschutzziele wird keine Wohlfühlveranstaltung. «

Olaf Tschimpke, Nabu-Präsident

Woran liegt es, dass die Lage so schwierig ist?

Wir haben da mächtige Industrien, die in Deutschland eine große Bedeutung haben, und man merkt, dass die Politik da nicht bereit ist, Rahmenbedingungen zu setzen. Erkannt werden die Probleme schon. Nur wenn es im eigenen Land um Durchsetzung geht, dann kommen die ganzen Partikularinteressen durch und man traut sich nicht wirklich. So



» Das Thema Umwelt ist so relevant, dass es nie komplett verschwindet. «

Olaf Tschimpke, Nabu-Präsident

Zur Person: Olaf Tschimpke

Olaf Tschimpke ist seit 2003 Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu), der mehr als 600 000 Mitglieder hat. Davor war der 63-Jährige seit 1985 Landesgeschäftsführer und seit 2000 Landesvorsitzender des Nabu in Niedersachsen. (dpa)

fallen die Umweltziele wieder hinten herunter, obwohl die Erkenntnis schon vorhanden ist.

Gerade hatten wir ein Dürre-Jahr. Wenn man sich Umfragen ansieht, scheinen zuletzt Umweltthemen mehr Menschen bewegt zu haben.

Ja, das ist schon so. Eigentlich sind es immer Katastrophen und Skandale, die da wirken. Es gibt Wellen und zwischendrin wieder Jahre, wo es wieder abebbt. Aber das Thema ist so relevant, dass es nie komplett verschwindet. Alle spüren, dass sich etwas verändert, beim Klimaschutz, bei der Land-

wirtschaft. Deswegen ist es wichtig, dass wir in einer Phase, wo es oben steht, auch tatsächlich Erfolge erzielen, von denen man wieder eine gewisse Zeit zehren kann.

Wieso haben denn die Erfolge nicht gereicht, die die Umweltbewegung früher erkämpft hat?

Die Gesetze sind ja gar nicht so schlecht, wir haben nur ein Umsetzungsproblem. Weil unser System so ausgerichtet ist, dass Umweltschäden nicht zu Unternehmenskosten werden, setzen sich die Interessen der Industrie massiv durch. Das trägt der Bürger mit seinem Steuergeld. Nehmen sie die Landwirtschaft: Alles, was wir da falsch machen – Überdüngung, Pestizide, Antibiotika-Einsatz –, landet im Trinkwasser. Die Reinigung zahlen wir mit den Trinkwassergebühren. Eigentlich müsste der Einsatz so gesteuert werden, dass das gar nicht erst auftritt, dafür brauchen wir Grenzwerte, und die müssen wieder durchgesetzt werden.

Mittlerweile findet das Thema Umwelt sehr viel auch im privaten Bereich statt, etwa beim Thema Konsum. Leiste ich schon meinen Beitrag, wenn ich Bio-Milch kaufe?

Jeder, der für sich nachdenkt, was er verändern oder verbessern kann, hat den richtigen ersten Schritt gemacht. Aber wir werden auch radikalere politische Lösungen brauchen, wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen. Das wird nicht nur eine Wohlfühlveranstaltung sein, da muss man sich nichts vormachen. Das wird eine Transformation unserer Gesellschaft und unseres ökonomischen Systems bedeuten. Die Frage ist, ob wir einen Weg wählen, der uns ein bisschen Zeit gibt, uns anzupassen, auch was Beschäftigung und andere soziale Fragen angeht. Oder wir warten, bis irgendeine Katastrophe kommt, wo wir dann in kürzester Frist handeln müssen. > Seite 2

Die Nato muss den Klimawandel bekämpfen

27.09.2020, 31.10.2020

Durch die Erderwärmung wird die Erde zu einem gefährlichen Ort. Das bedroht unsere Sicherheit. Deshalb muss das Nordatlantische Bündnis mehr tun, um den Klimawandel besser zu verstehen und ihn in alle Aspekte des Handelns einbeziehen, sagt Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Als ich in Norwegen aufwuchs, habe ich in der Schule gelernt, dass die Temperaturen in Svalbard, der arktischen Heimat des Eisbären, kaum jemals über den Gefrierpunkt steigen würden. Aber 2020 erreichten die Thermostate in Svalbard die Rekordtemperatur von 21,7 Grad. Und das ist nur der jüngste Höhepunkt eines Temperaturanstiegs, der das Schelfeis in Matsch verwandelt und den norwegischen Permafrost zum Schmelzen bringt.

Wir alle kennen solche Beispiele für ein sich erwärmendes Klima, das die Eiskappen schmelzen lässt und Dürren, verheerende Stürme und Waldbrände verursacht. Die Fakten des Klimawandels sind unbestreitbar, und die Situation wird immer schlimmer.

Ich habe mich mein ganzes Leben lang leidenschaftlich für den Klimaschutz eingesetzt. Mein erster Job in der norwegischen Regierung war der des stellvertretenden Umweltministers, und ich hatte das Privileg, Sondergesandter der Vereinten Nationen für den Klimaschutz zu sein. Jetzt ist es meine Aufgabe als Nato-Generalsekretär, mich mit der Bedrohung zu befassen, die der Klimawandel für unsere gemeinsame Sicherheit darstellt.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Durch die Erderwärmung wird unser Wetter immer turbulenter, wärmer, windiger und feuchter. Das setzt die Gesellschaften weltweit unter Druck, denn die Quellen für Nahrung, Frischwasser und Energie sind bedroht.

Wir können dies heute in der Sahelzone Afrikas beobachten, wo der Klimawandel die Migration antreibt. In der Arktis, wo sich mit dem Schmelzen des Eises die geopolitischen Spannungen verschärfen. Oder hier in Europa, wo rekordverdächtige Überschwem-

mungen und Waldbrände von Jahr zu Jahr zunehmen. Der Klimawandel bedroht unsere Sicherheit. Daher muss die Nato mehr tun, um den Klimawandel besser zu verstehen und ihn in alle Aspekte unserer Aufgaben einzubeziehen, von der militärischen Planung bis hin zur Art und Weise, wie wir unsere Streitkräfte ausbilden und trainieren.

Der Klimawandel erschwert es den Nato-Truppen auch, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Unsere Soldaten arbeiten unter den extremsten klimatischen Umständen. Zum Beispiel bei der Nato-Ausbildungsmission im Irak, wo die Temperaturen in diesem Sommer regelmäßig über 50 Grad lagen. Man stelle sich vor, dieser Hitze ausgesetzt zu sein und unter solchen Bedingungen in voller Kampfmontur unter Beschuss zu geraten.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns an diese neue Realität anpassen. Das bedeutet bessere Ausrüstung, Fahrzeuge und Infrastruktur. Und es bedeutet, den Klimawandel ausdrücklich in die Arbeit der Nato einzubeziehen mit dem Ziel, Resilienz und Widerstandsfähigkeit von Bündnispartnern und anderen Partnerländern auch in diesem Bereich zu verbessern – etwas, was wir seit Jahrzehnten zum Beispiel bei der Infrastruktur tun.

Die Nato muss auch darauf vorbereitet sein, auf klimabedingte Katastrophen zu reagieren, so wie wir es während der Covid-19-Krise getan haben. In diesem Jahr haben die Nato-Staaten weltweit Hunderte von Tonnen medizinischer Ausrüstung geliefert, fast hundert mobile Krankenhäuser errichtet und Patienten und medizinisches Personal transportiert.

Die Nato und ihre Mitgliedstaaten haben auch die Verantwortung, zum Klimaschutz beizutragen, indem sie weniger Emissionen verursachen, ohne unsere Kernaufgaben zu gefährden. Wir konzentrieren uns seit Langem auf die Treibstoffeffizienz, um unsere mili-

tärische Effektivität zu verbessern. Die Verringerung unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, zum Beispiel durch den Einsatz von Solarzellen zur Versorgung von Feldlagern, wird nicht nur zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen. Sie kann auch die Sicherheit unserer Truppen und unserer Ausrüstung erhöhen, indem sie unsere Fähigkeit zu unabhängigem und flexiblem Handeln verbessert.

Die Mitglieder des Nato-Bündnisses übernehmen eine Vorreiterrolle zur Verringerung der Emissionen unserer Streitkräfte – durch Initiativen wie die Verwendung von Biokraftstoffen, die Entwicklung von Hybridfahrzeugen und die Verbesserung der Energieeffizienz von Stützpunkten und anderer Infrastruktur.

Da viele Staaten zunehmend planen, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, kann die Nato auch mehr tun, um unseren Streitkräften dabei zu helfen, zu diesem Ziel beizutragen. Es ist an der Zeit, dass die Nato ihre eigene Messlatte höher legt und dazu beiträgt, die Emissionen zu senken. Ein erster Schritt könnte darin bestehen, unseren Mitgliedern bei der Messung ihrer militärischen Emissionen zu helfen. Der nächste Schritt könnte darin bestehen, freiwillige Senkungen ihrer Kohlenstoffemissionen zu vereinbaren.

Der Klimawandel macht die Welt gefährlicher. Die Aufgabe der Nato besteht darin, den Frieden zu erhalten und für unsere Sicherheit zu sorgen. Um unserer Hauptverantwortung gerecht zu werden, muss die Nato also dazu beitragen, den Klimawandel einzudämmen – für unsere Sicherheit heute und für die Sicherheit künftiger Generationen.

■ Jens Stoltenberg ist seit 2014 Generalsekretär der Nato. Zuvor war er Ministerpräsident von Norwegen. Er ist Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Datenblatt Nr. 20 165

16.03.2021

Welt-Wissenschaft

KLIMA

Dürren werden in Europa heftiger

Die Sommerdürren, die Europa seit dem Jahr 2015 erlebt hat, waren weitaus gravierender als in den rund 2100 Jahren davor. Das ergab eine internationale Studie, die im Fachblatt „Nature Geoscience“ veröffentlicht wurde. Die Forscher analysierten Baumringe und erstellten einen gewaltigen Datensatz, der die hydroklimatischen Bedingungen in Mitteleuropa von der Römerzeit bis zur Gegenwart abbildet. Die außergewöhnliche Trockenperiode ist demnach auf den von Menschen verursachten Klimawandel zurückzuführen. „Wir sind uns alle der Häufung von außergewöhnlich heißen und trockenen Sommern bewusst, die wir in den letzten Jahren hatten“, sagt Ulf Büntgen von der University Cambridge. „Aber wir brauchten präzise Rekonstruktionen der historischen Bedingungen, um zu sehen, wie diese jüngsten Extreme im Vergleich zu früheren Jahren ausfallen.“ Das Team nahm mehr als 27.000 Messungen an Baumringen von 147 Eichen vor, die einen Zeitraum von 2100 Jahren (75 v. Chr. bis 2018) abdeckten. Die Proben stammten aus archäologischen Überresten und historischem Baumaterial und von lebenden Bäumen aus der heutigen Tschechischen Republik und Südostbayern. Die Daten zeigen, dass der Kontinent in den vergangenen zwei Jahrtausenden immer trockener geworden ist. Die Proben aus den Jahren 2015 bis 2018 offenbarten, dass die Dürren der letzten Sommer gravierender waren als in den 2100 Jahren zuvor.



Deutsche Klimapolitik im Lomborg-Check

Teil 5

Grüne Aktivisten und Politiker behaupten, die Erneuerbaren seien die billigste Energiequelle. Doch warum braucht es dann Zwangsregulierungen und Subventionen? Die wirklich klugen Alternativen werden verdrängt

Erneuerbare Energien bauen Anteil aus

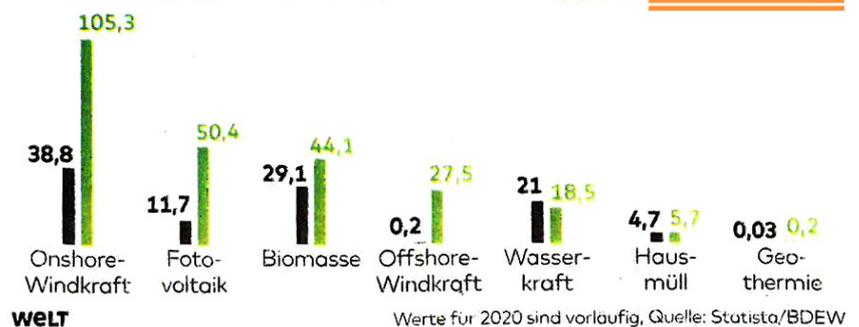
Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung in Deutschland in den Jahren 1990 bis 2020 in Prozent



Teil 5 von Jörg Lomborg

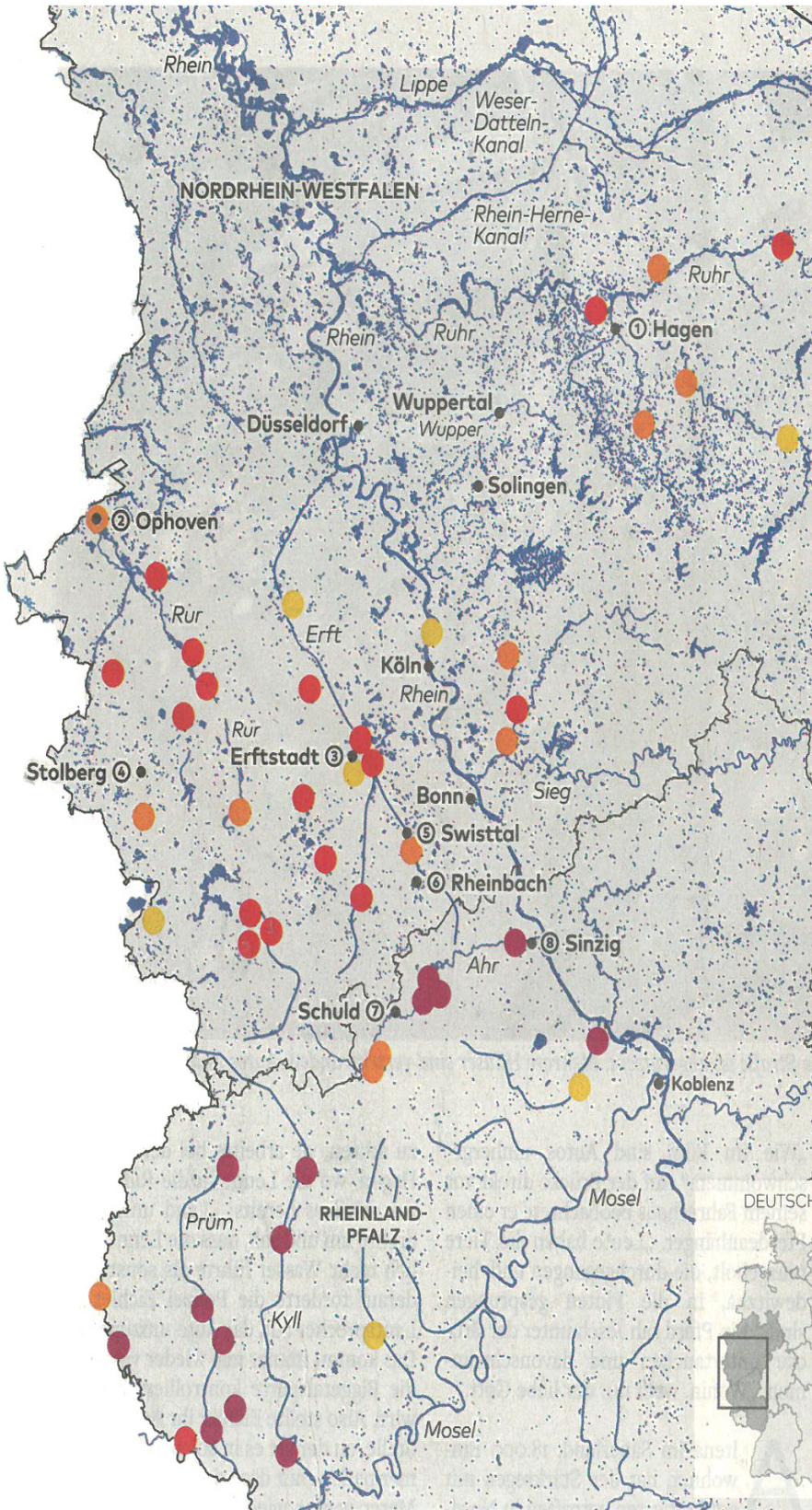
300 Prozent mehr Strom aus der Sonne

Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland nach Energieträger im Jahresvergleich 2010 und 2020 (in Terawattstunden)



Katastrophengebiete in Westdeutschland

18. JULI 2021 | WELT AM SONNTAG | NR. 29



Katastrophengebiete in Westdeutschland

Besonders dramatisch war die Lage am Donnerstagmorgen. Hier die Pegelstände um 8.27 Uhr

- kleines ...
- mittleres ...
- großes ...
- sehr großes Hochwasser

1 Hagen Stadt

Bäche treten über die Ufer, Geröllmassen blockieren Straßen, Hunderte Keller laufen voll. Der Druck der Wassermassen lässt Hauswände teilweise einstürzen. Viele gefährdete Gebäude werden evakuiert.

2 Ophoven Kreis Heinsberg

Ein Damm des Flüsschens Rur bricht, die Einwohner müssen den Ort verlassen.

3 Erftstadt Rhein-Erft-Kreis

Die Erft ergießt sich im Ortsteil Blessem in eine Kiesgrube, die Erde rutscht über mehrere Hundert Meter ab. Häuser stürzen ein. Mehr als 100 Menschen können gerettet werden.

4 Stolberg Kreis Aachen

Die Flut beschädigt weite Teile des Ortes, vor allem auch das Trinkwassernetz, es kommt zum Druckabfall. Zur Sicherstellung der Versorgung stellt die Stadt Trinkwasserbehälter. Es werden Plünderungen gemeldet.

5 Swisttal Rhein-Sieg-Kreis

Mehr als ein Drittel der 18.000 Einwohner müssen ihre Häuser verlassen. Der Strom fällt großflächig aus. Insgesamt sind zeitweise mehr als 150.000 Menschen in den Katastrophengebieten ohne Elektrizität.

6 Rheinbach Rhein-Sieg-Kreis

Mehrere Tausend Menschen müssen ihre Häuser verlassen. Rettungskräfte bergen Leichen. In Ortsteile sind besonders bedroht, weil die nahe gelegene Talsperre zeitweise überzulaufen droht.

7 Schuld Kreis Ahrweiler

Vier Häuser im 660-Einwohner-Dorf an einer Schleife der Ahr werden vollständig weggespült, zwei weitere zur Hälfte. Die Wege des Ortes sind zerstört.

8 Sinzig Kreis Ahrweiler

Zwölf Menschen werden in einem Haus der Behinderteneinrichtung Lebenshilfe von den Wassermassen überrascht. Die Betreuer können sie nicht mehr in Sicherheit bringen.

Quelle: dpa, Hochwasserportal

Schadensbilanz des Hochwassers vom Sommer 2002



Zwangsversicherung gegen Sturm und Flut geplant

Bund und Länder wollen Konzept im November vorlegen – DIW: Besser als Staatshilfen

VON A. V. GERSDORFF

Berlin – Eine Pflichtversicherung für alle Hausbesitzer gegen die Folgen von Naturkatastrophen wird immer wahrscheinlicher. Nach einem Beschluss der Länderfinanzminister vom 5. Juni, die Versicherungspflicht einzuführen, will nun ein vom Bundesjustizministerium eingesetzter Bund-Länder-Arbeitskreis bis November Ergebnisse vorlegen. Ein Einführungsdatum steht noch nicht fest.

Die Chancen seien noch nie so groß gewesen wie jetzt, die so genannte Elementarschadenversicherung einzuführen, sagte Reimund Schwarze, Versicherungsexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), der WELT. Die größten Schäden entstehen durch Stürme, gefolgt von Überschwemmungen, sogenannten Starkregen und Erdbeben. Die Überschwem-

mung in Dresden vor einem Jahr, Auslöser der aktuellen Debatte, hätte die Allianz AG 770 Mio. Euro gekostet. Der Gesamtschaden wird mit rund neun Mrd. Euro beziffert – nachdem anfänglich von bis zu 20 Mrd. Euro die Rede war.

„Aus ökonomischen Gründen brauchen wir eine Elementarversicherungspflicht“, sagte Gert G. Wagner, Forschungsdirektor am DIW, der zusammen mit Schwarze zwei Studien zu dem Thema verfasst hat. Denn die Bewohner von Risikogebieten, beispielsweise an Oder, Elbe, Rhein und Mosel, unterschätzen das Schadensrisiko regelmäßig. Gleichzeitig falle die Schadensbilanz direkt nach einer Katastrophe oft zu hoch aus, so dass die Haushalte von Bund und Ländern übermäßig belastet würden.

Laut Wagner liegt der volkswirtschaftliche Nutzen der Versicherung im Anreiz für die Betroffenen sowie die Länder und

Gemeinden darin, eine bessere Katastrophenvorsorge zu betreiben. Außerdem würden überdimensionierte Staatshilfen vermieden: „Zuletzt war ja sogar eine Steuersenkungsstufe deshalb verschoben worden.“

Eine Elementar-Pflichtversicherung müsste jeder Immobilieneigentümer abschließen. Umgekehrt müssen die Versicherungen die Policen auch anbieten. „Pflichtgemäß abgesichert werden sollten allerdings nur Großschäden“, sagt Wagner, „also die so genannten Jahrhundertkatastrophen, nicht aber das wiederkehrende Alljahres-Hochwasser.“ Wichtig sei ein Selbstbehalt von etwa fünf Prozent der Versicherungssumme als Anreiz, selbst Schutzmaßnahmen zu treffen.

Die Kosten der Prämie hängen davon ab, was versichert wird und wie hoch der Selbstbehalt ist, so Schwarze. Für eine gering Risiko-exponierte Region würde ein privater Haus-

besitzer bei einem Immobilienwert von 300 000 Euro und einem hohen Selbstbehalt von mehreren tausend Euro für sämtliche Elementarschäden inklusive Sturm und Hagel weniger als 100 Euro im Jahr zahlen müssen. In Hochrisikoregionen könne die Prämie auf bis zu 1000 Euro steigen.

Die Versicherungswirtschaft will sich erst an Berechnungen beteiligen, wenn feststeht, was genau wie hoch versichert werden soll. Das zu definieren aber sei Sache der Politiker, heißt es vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Berlin. Der Verband stehe bei den Gesprächen beratend zur Seite. Die Versicherungen arbeiten unterdessen an einer neuen, vierten Risikozone, der so genannten Hinterdeichzone. Galt dieses Gebiet bislang als völlig sicher (Zone 1), gilt es nun, in der Folge der Oder- und der Elbflut, als teilweise extrem gefährdet (neue Zone 4)